

An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal

Uwe Schneidewind
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal



Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen **Unterstützung des Nichtverbreitungsvertrags für fossile Energien**

Der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Die Stadt Wuppertal schließt sich der Initiative zu einem internationalen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien („Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty“) an, der global, national und lokal einen sozial gerechten Übergang zu erneuerbaren Energien, die Verhinderung eines weiteren Ausbaus der fossilen Brennstoffförderung sowie den Rückbau der bestehenden Produktion bewirken soll. Sie macht dies durch Mitzeichnung auf der Webseite (www.fossilfuel treaty.org) der Initiative öffentlich, kommuniziert es der Landes- und Bundesregierung und setzt sich in den Gremien, in denen Wuppertal vertreten ist, für eine Unterstützung der Initiative durch andere Städte und Regionen ein. Die Stadt Wuppertal fördert als Teil ihrer Klimaschutzarbeit lokal die Verringerung der fossilen Energienutzung.

Begründung:

Ein Zusammenschluss pazifischer Nationen hat die Nationalstaaten aufgefordert, sich ihnen bei der Ausarbeitung eines globalen Vertrags über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe anzuschließen. Unterstützt werden sie dabei von der Weltgesundheitsorganisation, dem Europäischen Parlament, vielen Städten, Organisationen und zahlreichen Nobelpreisträgern. Die deutschen Städte Bonn, Heidelberg, Marburg und Göttingen unterstützen die Initiative ebenfalls.

Fossile Energien haben einen markanten Einfluss auf das Klima und den gesamten Planeten und damit auch auf die Sicherheit und den Frieden. Ein noch nie da gewesenes Ausmaß an internationaler Kooperation ist erforderlich, um mittelfristig aus den existierenden fossilen Infrastrukturen auszusteigen. Dazu besteht zurzeit noch kein verbindliches internationales Verfahren.

In Anbetracht des Ratsbeschlusses vom 31.03.2022, in dem der Klimanotstand für Wuppertal erklärt wurde (VO/1802/21 https://ris.wuppertal.de/vo0050.asp?_kvonr=26623), des Ratsbeschlusses vom 25.06.2020 über ein integriertes Klimaschutzkonzept (VO/0549/20, https://ris.wuppertal.de/vo0050.asp?_kvonr=24156) und die Bürgeranregung gemäß § 24 GO Klimaschutz als prioritäre Gemeinschaftsaufgabe (VO/0645/19 https://ris.wuppertal.de/vo0050.asp?_kvonr=22905) ist die Unterstützung des Nichtverbreitungsvertrages für fossile Energien ein weiteres Element der Fortsetzung der bisherigen Politik Wuppertals.

Die Gremien der Stadt Wuppertal haben im Juni 2024 beschlossen (VO/0518/24, s. Protokolle), dass die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Wuppertal zusammengeführt und mit konkreten Maßnahmen und deren Finanzierung unterlegt werden sollen. Konkrete Projekte als kommunale Best-Practice-Beispiele für das Nicht-Fossile Zeitalter und für kommunale Klimaneutralität könnten hier als Teil der Unterstützung der Initiative einbezogen werden. Denkbar wäre z.B. der flächendeckende Ausbau des Fernwärmenetzes, der schnellere Umbau zugunsten ÖPNV und Fahrradnutzung, die verstärkte Förderung des Einbaus von PV- und Solarthermieanlagen oder größere Anreize für die Wirtschaft, nicht-fossilbasierte Energien zu nutzen.

Hintergrund zum Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien

Die Initiative "Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty" (www.fossilfuel treaty.org) setzt sich nach dem Vorbild des Atomwaffensperrvertrags für drei zusammenhängende Ziele ein, um den Ausstieg aus den fossilen Energien und einen gerechten Übergang zu beschleunigen:

- **Nichtverbreitung:** Verhinderung der Verbreitung von Kohle, Öl und Gas durch Beendigung aller neuen Exploration und Produktion;
- **Globale Abrüstung:** Abbau bestehender Lagerbestände und Produktion fossiler Brennstoffe im Einklang mit der globalen Klimagrenze von 1,5 °C.
- **Gerechter Übergang:** Schnelle Umsetzung echter Lösungen und ein gerechter Übergang in eine nicht-fossile Zeit für jeden Menschen, jede Gemeinde und jedes Land.

Der Nichtverbreitungsvertrag wird bereits von 3719 Organisationen der Zivilgesellschaft, Institutionen und Unternehmen, u.a. der WHO (World Health Organization), 3000 Wissenschaftler*innen, 101 Nobelpreisträger*innen und mehreren ehemaligen Staatspräsident*innen unterstützt. Bisher sind 119 Städte und 14 Nationalstaaten der Initiative beigetreten (<https://fossilfuel treaty.org/>, Stand 9.10.2024). Auch das EU-Parlament hat am 20. Oktober 2022 seine Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien zu erarbeiten (<https://fossilfuel treaty.org/european-parliament/#press-release>) und diese Forderung am 21.11.2023 erneuert (<https://fossilfuel treaty.org/european-parliament-2023>).

Anders als der COP28 - Beschluss in Dubai zur Abkehr von den fossilen Brennstoffen, der einer Aufforderung gleichkommt, würde ein Nichtverbreitungsvertrag einen Schritt weiter gehen und nicht nur den gerechten Übergang anstreben, sondern auch rechtlich verbindlich sein.

Vorteile für Wuppertal

- **Kosten:** Städte sind vom Klimawandel stark betroffen und müssen die steigenden Infrastrukturkosten der Klimaanpassung sowie Klimafolgekosten tragen. Das Wirtschaften mit fossilen Brennstoffen wird vom Staat mit enormen Summen subventioniert. Dieses Geld fehlt in den Kommunen für Klimaschutzmaßnahmen und das Auffangen von Klimafolgekosten. Eine staatliche finanzielle Umverteilung und das Schaffen entsprechender Strukturen würde die Transformation in Wuppertal finanziell und strukturell erheblich erleichtern und besser voranbringen. Erneuerbare Energien sind zudem langfristig kostengünstiger als fossile Energien.
- **Wirksamkeit:** Die bereits von Wuppertal geleisteten Klimaschutzmaßnahmen würden nicht länger durch die Ausweitung fossiler Brennstoffindustrien auf globaler Ebene untergraben werden.
- **Gesundheitsschutz** der Bevölkerung und Verringerung der Krankheitskosten.

Hintergrund zur rechtlichen Situation

In seinem wegweisenden Beschluss vom 23. März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht das verfassungsrechtliche Klimaschutzziel des Art. 20a GG [...] dahingehend konkretisiert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dem sogenannten „Paris-Ziel“ entsprechend auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Weitere Investitionen in den Ausbau der fossilen Energien erhöhten das Risiko, dass den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen würde und sie zugleich umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würden (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html).

Aus einem am 20.11.2023 veröffentlichten Bericht der UNEP (Umweltprogramm der UN) geht hervor, dass selbst mit den jetzt zugesagten Klimaschutzmaßnahmen und bei deren Umsetzung eine Erderwärmung um knapp 3 Grad bis 2100 unvermeidbar ist. Ursache dieser katastrophalen Entwicklung sei nach wie vor die Nutzung fossiler Brennstoffe (<https://unric.org/de/un-umweltprogramm-fast-drei-grad-plus/>).

Laut einem Bericht der Internationalen Energieagentur vom 26. Mai 2021, der ersten Studie der IEA zu einem 1,5 °C-kompatiblen Energiepfad, besteht „kein Bedarf mehr für Investitionen in die neue Bereitstellung von fossilen Energien“ in dem erstellten Net-Zero Szenario („Net Zero by 2050: A Roadmap for the Global Energy Sector“). Die Studie ["Switch coal profitably to renewable energy"](#) von Dezember 2023 weist nach, dass die Umwandlung von rund 90 Prozent der weltweit etwa 2.500 Kohlekraftwerke in erneuerbare Energien bis 2030 möglich und sogar profitabel sei.

Unterzeichnende Organisationen:



Parents for Future Wuppertal



Dinner for Future Wuppertal



Fridays for Future Wuppertal



Students for Future Wuppertal



Scientists for Future Wuppertal



Teachers for Future Wuppertal



Klimanetzwerk Wuppertal



Greenpeace Wuppertal



Evangelischer Kirchenkreis Wuppertal



GEPA - The Fair Trade Company



Ernährungsrat Wuppertal

Utopiastadt gGmbH



Bündnis Mobiles Wuppertal



die börse Kommunikationszentrum Wuppertal gGmbH



Färberei - Zentrum für Integration und Inklusion



BUND-Kreisgruppe Wuppertal



NABU Wuppertal



Ideaalwerk gGmbH



Team Talbuddeln



ADFC Wuppertal/ Solingen



VCD Bergisches Land



Local Life GmbH



Cronenberg will mehr

AStA der Bergischen Universität Wuppertal



Bündnis Zukunfts-Schmiede W-Nord



Attac Wuppertal



Dar Jin - Lebensbaum Wuppertal



Viyan Kurdischer Frauenverein



Falken Bildungs- und Freizeitwerk Bergisch Land e.V.



Extinction Rebellion Wuppertal



Osterholz bleibt



Letzte Generation Wuppertal



Ende Gelände Wuppertal



Wuppertaler Aktionsbündnis Gerechter Welthandel



Informationsbüro Nicaragua e.V.



Lebendige Landwirtschaft



Permakulturhof Vorm Eichholz e.V.



Gut Einern



Supercargo Lastenräder und Mobilitätskultur für Wuppertal



Ohne Wenn & Aber - Unverpacktladen Wuppertal



BaSo e.V. regional

Unterzeichnende Einzelpersonen:

Frank Baldus
Matthias Ertel
Sonja Kies
Holger Kreft
Beate Petersen
Rainer Wackermann
Michael Felstau

Georg Winterseel
Klaus Hess
Lisa Könecke-Vondrik
Sabine Fischer
Cindy Hutcap
Nicole Bölt

Kontakt:

Für die Parents for Future bzw. den
Zusammenschluss der Wuppertaler For
Future-Gruppen im Dinner for Future:

Sabine Fischer,
Lisa Könecke-Vondrik
wuppertal@parentsforfuture.de

S. Fischer Lisa Könecke-Vondrik